

### Kostenlose Fahrt im Taxi-Taxi

**SBB-Ärger** Riesige Anteilnahme am Schicksal von Stefan Schmid und seiner Frau Jolanda Huber: Das in Emmen lebende Paar darf im Taxi-Taxi kostenlos an einen Ort seiner Wahl und zurückfahren. Das Angebot machte Fredy Dobmann, Präsident des Rollstuhl-Taxi Sursee/Willisau/Entlebuch, aufgrund unserer Berichterstattung vom 2. Mai.

Schmid und seine Frau beziehen IV-Renten und müssen jeden Franken zweimal umdrehen. Weil Jolanda Huber am Karfreitag wegen psychischer Probleme in die Klinik St. Urban gefahren wird, und sie auf einen Elektrollstuhl angewiesen ist, will Schmid das rund 165 Kiloschwere Gerät zu ihr bringen. Schmid hat ein gültiges Billett via Reiden. Doch der Bahnhof ist noch nicht behindertengerecht. Die SBB zwingen Schmid, ein Billett über Olten und Langenthal zu kaufen.

### Gutschein, aber keine persönliche Entschuldigung

Mittlerweile ist Jolanda Huber wieder zu Hause. Ihr Mann trieb das Geld fürs Billett anderweitig auf. Die SBB haben sich zwar öffentlich entschuldigt und dem Paar einen Gutschein im Wert von 30 Franken ausgehändigt. «Aber bis heute fehlt eine persönliche oder schriftliche Entschuldigung», sagt Schmid.

Ein guter Trost ist ihm das Angebot von Fredy Dobmann. Dieser wollte Schmid eigentlich die Rückfahrt von St. Urban nach Emmen spendieren. «Als ich ihn anrief, um ihm zu danken und zu sagen, dass meine Frau schon zu Hause ist, bot er an, uns kostenlos an einen beliebigen Ort und zurückzufahren», erzählt Schmid. «Das freut mich riesig.» (avd)

### BDP sagt Nein zur Finanzreform

**Abstimmung** Die BDP Kanton Luzern hat die Parolen für die Vorlagen vom 19. Mai gefasst. Sie sagt Ja zur Revision des Waffenrechts und spricht sich gegen die Vorlage zur Steuerreform und AHV-Finanzierung aus. Ebenfalls Nein sagt sie zur Aufgaben- und Finanzreform 18 im Kanton Luzern. (pd/rt)

# Bürgerliche zielen auf Gegnerin

**Regierungsratswahlen** Das Komitee des parteilosen Marcel Schwerzmann und von SVP-Kandidat Paul Winker greift die Grüne Herausforderin Korintha Bärtsch an: Sie sei zu links für die Regierung. Der Angriff birgt Risiken.



Die politischen Profile von Korintha Bärtsch (Grüne, links), Paul Winker (SVP) und Marcel Schwerzmann (parteilos) könnten unterschiedlicher nicht sein.

Grafiken: Smartvote

**Lukas Nussbaumer**  
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Sie bevorzuge eine Plan- statt die geltende Marktwirtschaft, und sie stehe für Verbote und Regulierungen. So kämpft das Komitee «Für Luzern mit Zukunft» in Inseraten gegen die Grüne Regierungsanwärterin Korintha Bärtsch – und damit indirekt für ihre beiden Kandidaten Paul Winker und Marcel Schwerzmann. Alle Dreischaften die Hürde des absoluten Mehrs im ersten Wahlgang vom 31. März nicht und bewerben sich am 19. Mai um die beiden noch zu besetzenden Sitze in der Luzerner Regierung. Bereits gewählt wurden Ende März Guido Graf, Reto Wyss (beide CVP) und Fabian Peter (FDP).

Das Inserat gegen Bärtsch stellt im bisherigen Wahlkampf ein Novum dar. Bis jetzt legten die Regierungsratskandidaten den Fokus auf ihre Stärken und vermieden Angriffe auf die vermeintlichen Schwächen der Gegner.

### Bürgerliche: «Korintha Bärtsch ist ja kaum bekannt»

Von einem Strategiewechsel will Gaudenz Zemp nicht sprechen. Der Direktor des Gewerbeverbands und FDP-Kantonsrat aus Horw leitet die bürgerliche Kampagne und koordiniert die Aktio-

nen verschiedener Komitees, also auch jene der Gruppierung «Für Luzern mit Zukunft». Mit der Abbildung des Smartspiders wolle man die Wähler anregen, sich mit dem politischen Profil von Korintha Bärtsch auseinanderzusetzen. «Sie ist im Kanton Luzern ja kaum bekannt.» Zemp sagt weiter, die Frauen- und Konkordanzfrage sei zwar wichtig. «Entscheidend ist aber das politische Profil der Kandidaten.»

Doch was ist das exakte Ziel des Inserats? Zemp: «Für eine gute Zusammenarbeit im Regierungsrat sollten alle Mitglieder ungefähr am gleichen Strick ziehen.» Deshalb verlange man auch von anderen Polparteien wie der SVP immer Kandidaten mit einem moderaten Profil. Zemp: «Die Wähler sollen sich nun eine Meinung machen, ob Korintha Bärtsch ein solches Profil hat.»

Übersetzt: Die 34-jährige Stadtzürnerin ist dem Komitee, dem neben den Wirtschaftsverbänden sowie SVP und FDP auch der Luzerner Bauernverband sowie die CVP-nahe Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft angehören, zu links.

Zemp will das in seinen Augen «informativ und objektive Inserate» keinesfalls als Zeichen von Nervosität im bürgerlichen Lager verstanden wissen. «Kam-

pagnen passen sich den aktuellen Entwicklungen an. Wir haben den Eindruck, dass die Diskussion über die politischen Profile bisher etwas zu kurz kam.»

### Bärtsch verweist auf ihre Konsensbereitschaft

Die politischen Profile von Marcel Schwerzmann und Paul Winker werden laut Zemp nicht in Inseraten abgebildet. Die Wähler könnten die Haltungen der bei-

den Bisherigen «aufgrund ihrer langjährigen Arbeit im Regierungsrat beurteilen».

Korintha Bärtsch zeigt sich über das auch in unserer Zeitung publizierte und die Verlagsrichtlinien einhaltende Inserat «erstaunt». Ihre politische Äusserung sage nichts aus über ihre Fähigkeit, lösungsorientiert und konsensbereit zu arbeiten. Dies habe sie im Stadtparlament nämlich «über mehrere Jahre bewiesen». Bärtsch sagt, sie werde «sicher nicht die anderen Kandidaten diffamieren». Das habe ich nicht nötig. Das Inserat zeige, wie nervös Paul Winker und Marcel Schwerzmann vor dem Wahltag vom 19. Mai seien.

Bärtsch zeigt sich nicht nur erstaunt über die Art des Angriffs auf ihre politische Äusserung. Auch die Interpretation ihres Profils sei «sehr einseitig und eigenartig». So bevorzuge sie beispielsweise nicht eine staatlich gesteuerte Planwirtschaft anstatt einer freien Marktwirtschaft, wie es im Inserat heisse. «Bei uns gilt die freie Marktwirtschaft, sie stelle ich nicht in Frage. Aber es braucht Regulierungen.» Im Übrigen stehe sie «etwa so weit links wie Paul Winker rechts». Der Vergleich des Profils der Grünen-Frau mit jenem des SVP-Manns gibt Bärtsch recht (siehe Grafiken).

## «Ich werde sicher nicht die anderen Kandidaten diffamieren.»



**Korintha Bärtsch**  
Grüne Regierungsratskandidatin

# 261 Kinder leben in einer Luzerner Pflegefamilie

**Erhebung** Im Kanton Luzern gibt es derzeit gut 200 Pflegefamilien, die Kinder und Jugendliche aus schwierigen sozialen Verhältnissen bei sich aufgenommen haben. Dies zeigen die Ergebnisse der ersten Erhebung überhaupt.

Wie viele Kinder und Jugendliche leben in Pflegefamilien? Diese Frage lässt sich aufgrund der vorhandenen Daten in der Schweiz nur schwer beantworten, wie das Gesundheits- und Sozialdepartement in einer Medienmitteilung feststellt. Im Kanton Luzern gab es bis vor kurzem noch keine einzige Erhebung zu diesem Thema.

Das hat sich nun geändert: Licht ins Dunkel bringt eine Umfrage der kantonalen Dienststelle Soziales und Gesellschaft. Das Ziel der bei den Gemeinden durchgeführten Umfrage besteht auch darin, mittelfristig Daten für die schweizerische Statistik zu fremdplatzierten Kindern und Jugendlichen liefern zu können.

Aus der Umfrage haben sich viele neue Fakten für den Kanton

Luzern ergeben: Es ist nicht nur bekannt geworden, wie viele Pflegefamilien es gibt, sondern auch, in welchem Alter sich die Pflegekinder befinden. Der grösste Anteil ist zwischen sieben und siebzehn Jahre alt. Bei der Aufnahme waren aber rund 40 Prozent der Kinder jünger als sieben. 261 Kinder und Jugendliche sind im Moment auf 209 Familien mit Wohnsitz in Luzern verteilt: 78 Prozent beherbergen ein einzelnes Kind, 16 Prozent haben gleich zwei aufgenommen, und ein paar wenige Familien betreuen sogar drei oder vier Pflegekinder. Bei rund einem Drittel dieser Betreuungen handelt es sich um verwandtschaftliche Platzierungen.

Neben Dauerpflegeplätzen gibt es Familien, welche Kindern

einen Wochenend- oder Ferienplatz bieten. Die dritte Art von Aufnahme erfolgt noch kurzfristig, in Form von Kriseninterventionen oder Notfallplätzen.

### Zahl der Pflegefamilien ist eher steigend

Pflegefamilien bieten verschiedene Formen von Betreuungsverhältnissen an – und ein Blick in die (statistisch eben nicht dokumentierte) Vergangenheit lässt vermuten: Die Zahl ist steigend. «Natürlich hat das auch damit zu tun, dass wir die Angebote dem Bedarf anpassen und zur Unterbringung in Heimen auch vermehrt Betreuungsangebote in Pflegefamilien finanzieren», so Edith Lang, Leiterin der Dienststelle Soziales und Gesellschaft.

In der frühen Kindheit ist die Erfüllung der Grundbedürfnisse nach Sicherheit und Förderung bekanntlich besonders wichtig. Stabile und vertrauensvolle Bezugspersonen in einem familiären Umfeld könne gemäss Lang jene Voraussetzungen schaffen, welche für die erfolgreiche Entwicklung des Kindes essenziell sind. «Vor allem jüngere Kinder, bei denen die Aussicht auf eine Rückkehr in die Herkunftsfamilie gering ist, können so in ihrer Entwicklung unterstützt werden», sagt die Dienststellenleiterin.

Die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien sei eine Ergänzung zu jener im Heim. Am Stichtag 1. September 2018 waren gut 400 Luzerner Kinder und Jugendliche mit sozialpädagogi-

scher Indikation fremdplatziert, davon rund 130 in Dauerpflege in Pflegefamilien. Die restlichen in Luzerner Familien platzierten Kinder sind temporär untergebracht oder stammen aus anderen Kantonen. Wichtig findet Lang, dass jedes Kind und jede Familie eine eigene Geschichte habe – und so auch jede Pflegeplatzierung einzeln betrachtet werden müsse. Dies umso mehr, als jede ausserfamiliäre Unterbringung für alle Beteiligten ein einschneidendes Ereignis darstelle. Eine sorgfältige Abklärung sei unerlässlich. «Familien müssen gewisse Kriterien erfüllen, damit sie als Pflegefamilie überhaupt in Frage kommen: Professionalität, aber auch Stabilität der Familie auf Beziehungs- und Finanzbe-

ne sind ausschlaggebend.» Sei die Bewilligung einmal erteilt, würden die Familien mindestens einmal pro Jahr zur Aufsicht besucht. «So wird sichergestellt, dass die Förderung und der Schutz der Pflegekinder in der neuen Familie sichergestellt sind.»

### Immer wieder geprüft, ob Rückkehr möglich ist

Ein sehr kleiner Anteil der Pflegekinder sind Waisen oder unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Der Grossteil kommt aus Familien, wo Eltern ihre Sorgepflicht nicht oder nur teilweise selber wahrnehmen können. Eine Rückkehr werde immer wieder geprüft.

**Anna Girsberger**  
kanton@luzernerzeitung.ch